

Stämpflis juristische Lehrbücher

Heinz Hausheer  
Regina E. Aebi-Müller

# Das Personenrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches

*5. Auflage*



Stämpfli Verlag

An wen richtet sich eigentlich die Rechtsordnung? Anders gefragt: Wer gilt vor dem Gesetz als «Mitspieler» – und welche Attribute werden ihm zugeordnet? Diese Fragen stehen im Zentrum des vorliegenden Buches.

Das Personenrecht definiert die «Akteure» der Rechtsordnung und regelt deren rechtlichen Eigenschaften. Damit befasst es sich zunächst mit der Rechtsfähigkeit, d.h. mit der Zurechenbarkeit von Rechten und Pflichten gegenüber der natürlichen und der von der Rechtsordnung als solche anerkannten juristischen Person. Es äussert sich sodann zu den konkreten Voraussetzungen der Teilhabe am Rechtsverkehr, der sog. Handlungsfähigkeit. Ferner werden bestimmte rechtliche Eigenschaften als «Status» der natürlichen Personen definiert, die deren persönlichen (Verwandtschaft, Name) und örtlichen Verankerung (Heimat und Wohnsitz) in der Rechtsgemeinschaft dienen. Zudem geniessen natürliche und juristische Personen als solche den ganz besonderen Schutz der Rechtsordnung. Diesem Persönlichkeitsschutz gilt im vorliegenden Lehrbuch ein besonderes Augenmerk. Überdies werden die im ZGB beheimateten allgemeinen Bestimmungen zu den juristischen Personen sowie Verein und Stiftung erläutert.

Die Neuauflage des für Studium und Praxis gleichermaßen beliebten Lehrbuches berücksichtigt die Entwicklungen in der Gesetzgebung, Lehre und Rechtsprechung.

---

Heinz Hausheer

Dr. iur. Dr. h.c., em. Professor an der Universität Bern

Regina E. Aebi-Müller

Dr. iur., Professorin an der Universität Luzern

# **Das Personenrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches**

*5. Auflage*



Stämpfli Verlag

---

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2020  
[www.staempfliverlag.com](http://www.staempfliverlag.com)

E-Book ISBN 978-3-7272-8486-1

Über unsere Online-Buchhandlung [www.staempflishop.com](http://www.staempflishop.com)  
ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-8487-8



---

## Vorwort zur 5. Auflage

Das Personenrecht (Art. 11 bis 89c) des Schweizerischen Zivilgesetzbuches ist im Privatrecht von zentraler Bedeutung. Zunächst einmal umschreibt es mit dem Begriff der Rechtsfähigkeit die Akteure der gesamten Rechtsordnung, nämlich die der Rechtsordnung vorgegebene natürliche und (dem Grundsatz nach bzw. spezifischer für Verein und Stiftung) auch die als selbstständige Rechtsträger anerkannten juristischen Personen. Es äussert sich im Zusammenhang mit der Handlungsfähigkeit ferner zu den konkreten Voraussetzungen der Teilhabe am Rechtsverkehr i.S. der Handlungsfähigkeit, einerseits als rechtsverbindliche Lebensgestaltung (Geschäftsfähigkeit), andererseits als Verantwortlichkeit gegenüber Dritten (Deliktsfähigkeit). Sodann befasst sich das Personenrecht mit der örtlichen Verankerung der Rechtssubjekte aufgrund von Sitz und Wohnsitz und für natürliche Personen zusätzlich mit der Heimat, d.h. dem Bürgerrecht. Thema des Personenrechts ist ferner die Individualisierung natürlicher und juristischer Personen durch den Namen und mit der familialen Einbindung der natürlichen Person in Verwandtschaft und Schwägerschaft. All diese Grundbegriffe des Zivilgesetzbuches sind weit über das Privatrecht hinaus auch im öffentlich-rechtlichen Bereich von Bedeutung.

Sowohl natürliche als auch juristische Personen sind Gegenstand des besonderen Rechtsschutzes, der als Persönlichkeitsschutz bezeichnet wird. Dabei hat sich der Mut zur Generalklausel in Art. 28 ZGB im Laufe der Jahrzehnte bewährt. Angesichts der vielfältigen neuen Chancen und Bedrohungen der Persönlichkeit zeigt sich der besondere Vorteil der Offenheit und Flexibilität dieser Norm. Tatsächlich hat der Persönlichkeitsschutz Anlass zu einer ebenso reichhaltigen wie insgesamt fruchtbaren Rechtsfortbildung gegeben. Diese ist angesichts der Komplexität gewisser Lebensbereiche allerdings auch an Grenzen gestossen, die spezialgesetzlich geregelt wurden, u.a. im Datenschutzgesetz. Diese Sonderbereiche werden im vorliegenden Werk ebenfalls – wenn gleich nur in knapper Form – angesprochen.

Das Lehrbuch erscheint nunmehr bereits in 5. Auflage. Die Aktualisierung wurde genutzt, um das Layout zu verbessern und die Leserlichkeit durch Verwendung von Fussnoten zu erleichtern. Im Übrigen wurde das bewährte Konzept beibehalten. Dem Charakter als Lehrbuch entspricht es weiterhin, nur sparsam auf weiterführende Literatur zu verweisen, diese findet sich zudem primär jeweils am Anfang der einzelnen Kapitel.

Die Verfasser bedanken sich beim Lehrstuhlteam von Regina E. Aebi-Müller für die Mitarbeit bei der Aktualisierung und Neuformatierung. Besonderer Dank gebührt Frau Jaël Amrhein, MLaw, Herrn Mario Bünter, MLaw, Frau Gina Ilana Dür, MLaw, sowie Frau Ann-Kathrin Brackwehr, BLaw.

Bern/Luzern, im Mai 2020

Die Verfasser



---

# Inhaltsübersicht

Vorwort zur 5. Auflage .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXI
Allgemeine Literatur .....	XLI
§ 1 Einleitung .....	1
I.    Gegenstand des Personenrechts .....	1
II.   Gesetzsystematik .....	2
Die natürlichen Personen .....	5
§ 2 Rechtsfähigkeit .....	5
I.    Begriff .....	5
II.   Bedeutung von Art. 11 ZGB .....	6
III.  Rechtsfähigkeit juristischer Personen .....	11
IV.  Kreis der rechtsfähigen Subjekte .....	12
V.    Terminologie .....	12
§ 3 Anfang und Ende der Persönlichkeit .....	14
I.    Beginn der Persönlichkeit (Art. 31 Abs. 1 ZGB) .....	15
II.   Rechtsstellung des ungeborenen Kindes .....	18
III.  Ende der Persönlichkeit (Art. 31 Abs. 1 ZGB) .....	23
§ 4 Beweis von Leben und Tod .....	28
I.    Allgemeines .....	28
II.   Zu den Beweisvorschriften im Allgemeinen .....	29
III.  Beweis von Leben und Tod einer Person .....	31
IV.  Exkurs: Register und Verfahren .....	35
§ 5 Verschollenheit .....	39
I.    Allgemeines .....	39
II.   Verfahren der Verschollenerklärung .....	42
III.  Wirkungen der Verschollenerklärung .....	44
§ 6 Handlungsfähigkeit im Allgemeinen .....	46
I.    Grundlagen .....	47
II.   Volljährigkeit als objektive Voraussetzung der Handlungsfähigkeit .....	49
III.  Urteilsfähigkeit als subjektive Voraussetzung der Handlungsfähigkeit .....	50
IV.  Abgrenzungen .....	67
§ 7 Verschiedene Stufen der Handlungsfähigkeit .....	70
I.    Übersicht .....	70
II.   Unterschiedliche Arten von (Rechts-)Handlungen bzw. verschiedene Handlungstypen .....	73
III.  Rechtsstellung des vollständig Handlungsunfähigen (Art. 18 ZGB) .....	80

IV.	Rechtsstellung des beschränkt Handlungsunfähigen im Allgemeinen .....	89
V.	Einschränkungen der Handlungsfähigkeit zufolge Ehe .....	99
VI.	Massnahmen des Erwachsenenschutzes .....	99
§ 8	Verwandtschaft und Schwägerschaft .....	105
I.	Verwandtschaft .....	105
II.	Schwägerschaft .....	107
III.	Bedeutung von Art. 20 und 21 ZGB .....	108
§ 9	Wohnsitz und Heimat .....	110
I.	Allgemeines zu Wohnsitz und Heimat .....	110
II.	Heimat (Art. 22 ZGB) .....	111
III.	Einleitende Bemerkungen zum Wohnsitz .....	113
IV.	Selbstständiger Wohnsitz nach Art. 23 Abs. 1 ZGB .....	117
V.	Aufenthalt zu Sonderzwecken in Anstalten und dgl. ....	122
VI.	Geschäftsniederlassung .....	125
VII.	Wohnsitztatbestände von Art. 24 ZGB .....	126
VIII.	Abgeleiteter Wohnsitz (Art. 25 ZGB) .....	129
IX.	Auf den Wohnsitz verweisende Normen .....	131
§ 10	Allgemeines zum Persönlichkeitsschutz .....	133
I.	Grundsätzliches und Begriffsbestimmung .....	134
II.	Grundsätze des Persönlichkeitsschutzes .....	135
III.	Charakterisierung der Persönlichkeitsrechte .....	137
IV.	Subjekte des Persönlichkeitsschutzes .....	142
V.	Zum Verhältnis zwischen privat- und öffentlich-rechtlichem Persönlichkeitsschutz .....	143
VI.	Abgrenzung von Art. 27 und 28 ff. ZGB .....	151
VII.	Verhältnis des allgemeinen Persönlichkeitsschutzes von Art. 27/28 ff. ZGB zu Sondervorschriften .....	152
§ 11	Der Persönlichkeitsschutz nach Art. 27 ZGB .....	155
I.	Inhalt und Schutzzweck von Art. 27 ZGB .....	155
II.	Schutz der Dispositionsfähigkeit nach Art. 27 Abs. 1 ZGB .....	156
III.	Schutz der – zukunftsgerichteten, lebensgestaltenden – Entscheidungsfreiheit nach Art. 27 Abs. 2 ZGB .....	157
IV.	Rechtsfolgen einer i.S.v. Art. 27 Abs. 2 ZGB unzulässigen Bindung ..	164
§ 12	Persönlichkeitsschutz gemäss Art. 28 ZGB .....	169
I.	Grundlagen .....	171
II.	Insbesondere zur Voraussetzung der Widerrechtlichkeit .....	173
III.	Schutzzumfang von Art. 28 ZGB in sachlicher Hinsicht .....	183
IV.	Schutz der physischen und sexuellen Integrität .....	183
V.	Schutz der affektiven (emotionalen) Persönlichkeit; insbesondere der Schutz der Integrität des Gefühlslebens .....	192
VI.	Schutz der sozialen Persönlichkeit .....	198
VII.	Recht am eigenen Bild .....	223
VIII.	Schutz der wirtschaftlichen Persönlichkeit .....	227

§ 13	Besondere Ausprägungen des Persönlichkeitsschutzes .....	230
I.	Geheimhaltungspflicht im Zusammenhang mit Berufs- und Amtsgeheimnissen .....	230
II.	Datenschutz.....	237
III.	Schutz der Persönlichkeitsrechte im Bereich des (berufsmässig ausgeübten) Sports .....	240
IV.	Fortpflanzungsmedizin und Kenntnis der Abstammung.....	245
V.	Persönlichkeitsschutz des Arbeitnehmers .....	249
§ 14	Klagen des Persönlichkeitsschutzes .....	254
I.	Grundlagen .....	255
II.	Spezifische (,besondere') Klagen zum Schutz der Persönlichkeit .....	259
III.	„Allgemeine“ Klagen zum Schutz der Persönlichkeit (Art. 28a Abs. 3 ZGB) .....	277
IV.	Überblick über die verschiedenen Klagen.....	287
V.	Formalien .....	287
VI.	Vorsorgliche Massnahmen .....	288
§ 15	Das Gegendarstellungsrecht .....	300
I.	Zweck und Inhalt .....	300
II.	Voraussetzungen des Gegendarstellungsrechts .....	302
III.	Ausübung des Gegendarstellungsrechts .....	310
§ 16	Der Name .....	318
I.	Vorbemerkung: Kennzeichnungsrechte im Allgemeinen .....	318
II.	Der Name als Teilaspekt der Persönlichkeit .....	319
III.	Der Familienname .....	321
IV.	Der Vorname .....	327
V.	Schutz des Namens .....	328
VI.	Verhältnis zwischen Art. 28 und 29 ZGB .....	330
VII.	Namensänderung (Art. 30 ZGB).....	330
	Die juristischen Personen .....	335
§ 17	Die juristischen Personen im Allgemeinen .....	335
I.	Historische Entwicklung .....	336
II.	Juristische Personen des ZGB .....	338
III.	Juristische Personen ausserhalb des Bundesprivatrechts.....	345
IV.	Übersicht .....	349
V.	Anfang und Ende der juristischen Personen.....	350
VI.	Rechtsfähigkeit der juristischen Personen .....	353
VII.	Handlungsfähigkeit der juristischen Personen .....	356
VIII.	«Durchgriff» .....	369
IX.	Sitz der juristischen Person (Art. 56 ZGB) .....	372
§ 18	Der Verein.....	374
I.	Begriff und Bedeutung des Vereins .....	375
II.	Vereinszweck .....	376
III.	Die Gründung des Vereins.....	378
IV.	Vereinsorganisation .....	381
V.	Die Vereinsmitgliedschaft .....	385

VI. Vereine und Verbände mit Sektionen.....	396
VII. Auflösung des Vereins.....	398
§ 19 Die Stiftung .....	400
I. Begriff, Bedeutung und Arten von Stiftungen .....	401
II. Gesetzliche Grundlagen .....	404
III. Errichtung der Stiftung .....	405
IV. Organisation der Stiftung .....	410
V. Beaufsichtigung der Stiftung.....	413
VI. Umwandlung der Stiftung .....	416
VII. Aufhebung der Stiftung .....	420
VIII. Familienstiftung.....	423
IX. Kirchliche Stiftung .....	427
X. Personalfürsorgestiftung.....	428
XI. Sammelvermögen .....	432
XII. Unternehmensstiftung.....	434
XIII. Exkurs: Trust .....	438
§ 20 Sachregister .....	447

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort zur 5. Auflage</b> .....	<b>V</b>
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	<b>VII</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>XI</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>XXXI</b>
<b>Allgemeine Literatur</b> .....	<b>XLI</b>
<b>§ 1 Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>I. Gegenstand des Personenrechts</b> .....	<b>1</b>
<b>II. Gesetzssystematik</b> .....	<b>2</b>
1. Personenrecht als Teil des Zivilgesetzbuches .....	2
2. Personenrecht als Teil des ‚Allgemeinen Teils‘ des ZGB .....	3
3. Natürliche und juristische Personen .....	3
<b>Die natürlichen Personen</b> .....	<b>5</b>
<b>§ 2 Rechtsfähigkeit</b> .....	<b>5</b>
<b>I. Begriff</b> .....	<b>5</b>
<b>II. Bedeutung von Art. 11 ZGB</b> .....	<b>6</b>
1. Allgemeines .....	6
2. Umfang der Rechtsfähigkeit.....	6
a) Grundsatz: Gleiche Rechtsfähigkeit.....	6
b) Alter .....	7
c) Geschlecht .....	7
d) Gesundheit bzw. Urteilsfähigkeit.....	8
e) Ehre.....	8
f) Kindesverhältnis .....	9
g) Ausländische Nationalität oder Wohnsitz im Ausland.....	9
h) Rechtsfähigkeitsbeschränkungen früherer Rechtsordnungen.....	10
3. Rechtsfähigkeit aufgrund ausländischen Rechts .....	10
4. Beispiele.....	11
<b>III. Rechtsfähigkeit juristischer Personen</b> .....	<b>11</b>
1. Allgemeines .....	11
2. Beispiele.....	11
<b>IV. Kreis der rechtsfähigen Subjekte</b> .....	<b>12</b>
<b>V. Terminologie</b> .....	<b>12</b>
<b>§ 3 Anfang und Ende der Persönlichkeit</b> .....	<b>14</b>
<b>I. Beginn der Persönlichkeit (Art. 31 Abs. 1 ZGB)</b> .....	<b>15</b>
1. Die praktische Bedeutung der Bestimmung des Beginns der Persönlichkeit.....	15
2. Die materiellen Kriterien zur Bestimmung des Beginns der Persönlichkeit.....	16
a) Die Regel nach Art. 31 Abs. 1 ZGB .....	16
b) Die «vollendete Geburt» .....	16
c) Das Erfordernis des «Lebens» nach vollendeter Geburt .....	16

	d) Erfordernis der Lebensfähigkeit? .....	17
<b>II.</b>	<b>Rechtsstellung des ungeborenen Kindes.....</b>	<b>18</b>
	1. Inhalt von Art. 31 Abs. 2 ZGB.....	18
	2. Praktische Bedeutung von Art. 31 Abs. 2 ZGB .....	19
	a) Im Allgemeinen .....	19
	b) Im Familienrecht.....	19
	c) Im Erbrecht .....	20
	d) Im Schuldrecht (Art. 41 ff. OR).....	20
	e) Im Strafrecht .....	21
	f) Sonderprobleme im Zusammenhang mit der Fortpflanzungsmedizin .....	22
	3. Das noch nicht gezeugte Kind (der sog. Nondum Conceptus) .....	22
<b>III.</b>	<b>Ende der Persönlichkeit (Art. 31 Abs. 1 ZGB).....</b>	<b>23</b>
	1. Tragweite von Art. 31 Abs. 1 ZGB .....	23
	2. Der absolute Todeszeitpunkt.....	25
	3. Der relative Todeszeitpunkt .....	25
	a) Begriff.....	25
	b) Praktische Bedeutung .....	26
	c) Bestimmung des relativen Todeszeitpunktes .....	26
<b>§ 4</b>	<b>Beweis von Leben und Tod.....</b>	<b>28</b>
<b>I.</b>	<b>Allgemeines .....</b>	<b>28</b>
<b>II.</b>	<b>Zu den Beweisvorschriften im Allgemeinen.....</b>	<b>29</b>
	1. Beweislastverteilung im Allgemeinen.....	29
	2. Gesetzliche und natürliche Vermutungen .....	29
<b>III.</b>	<b>Beweis von Leben und Tod einer Person.....</b>	<b>31</b>
	1. Art. 32 Abs. 1 ZGB als Beweislastregel.....	31
	2. Kommorientenvermutung nach Art. 32 Abs. 2 ZGB .....	31
	3. Die allgemeinen und besonderen Beweismittel nach Art. 33 ZGB .....	31
	4. Indizienbeweis des Todes bei Nichtauffinden der Leiche (die «Todeserklärung» i.S.v. Art. 34 ZGB) .....	32
	a) Inhalt und praktische Tragweite dieser Bestimmung .....	32
	b) Verhältnis von Art. 34 zu Art. 35 ff. ZGB (Verschollenheit).....	33
	aa) Abgrenzung.....	33
	bb) Praktische Auswirkungen dieser Abgrenzung.....	33
	c) Beispiele .....	34
	5. Eintragung des «sicheren Todes».....	35
<b>IV.</b>	<b>Exkurs: Register und Verfahren.....</b>	<b>35</b>
	1. Allgemeines .....	35
	2. Ordnung der sachlichen Zuständigkeit .....	36
	3. Elektronische Registerführung.....	36
	4. Meldepflichten .....	37
	5. Berichtigung der Register .....	37
	6. Datenschutz.....	38
<b>§ 5</b>	<b>Verschollenheit .....</b>	<b>39</b>
<b>I.</b>	<b>Allgemeines .....</b>	<b>39</b>
	1. Begriff der Verschollenheit.....	39
	2. Die unterschiedlichen Fälle der Verschollenheit .....	39
	a) Verschwinden in hoher Todesgefahr .....	40

b) Lange nachrichtenlose Abwesenheit.....	40
c) Abgrenzung der beiden Tatbestände.....	41
d) Beispiele.....	41
3. Art. 35 ZGB als gesetzliche Vermutung.....	42
<b>II. Verfahren der Verschollenerklärung.....</b>	<b>42</b>
1. Formelle Voraussetzungen (Art. 35 ff. ZGB).....	42
2. Verfahrensabschnitte.....	43
3. Beispiel (aus dem kantonalen Amtsblatt).....	43
4. Verschollenerklärung von Amtes wegen (Art. 550 ZGB).....	44
<b>III. Wirkungen der Verschollenerklärung.....</b>	<b>44</b>
1. Wirkungen im Allgemeinen.....	44
2. Wirkungen im Einzelnen.....	44
a) Im Familienrecht.....	44
b) Im Erbrecht.....	45
c) Weitere Wirkungen.....	45
<b>§ 6 Handlungsfähigkeit im Allgemeinen.....</b>	<b>46</b>
<b>I. Grundlagen.....</b>	<b>47</b>
1. Begriff, Grundsätze und Zweck der Handlungsfähigkeit.....	47
2. Formen der Handlungsfähigkeit.....	48
3. Voraussetzungen der (vollen) Handlungsfähigkeit.....	49
<b>II. Volljährigkeit als objektive Voraussetzung der Handlungsfähigkeit..</b>	<b>49</b>
<b>III. Urteilsfähigkeit als subjektive Voraussetzung der</b>	
<b>    Handlungsfähigkeit.....</b>	<b>50</b>
1. Bedeutung der Urteilsfähigkeit.....	50
2. Gesetzliche Umschreibung der Urteilsfähigkeit.....	50
3. Materielle Voraussetzungen der Urteilsfähigkeit im Bereich der	
Geschäftsfähigkeit.....	51
a) Willensbildungsfähigkeit.....	51
aa) Erfordernis verstandesgemässen Urteilsvermögens.....	51
bb) Realitätsbezug des Urteilsvermögens.....	52
cc) Fähigkeit zur Bildung nachvollziehbarer Motive.....	53
dd) Erfordernis der Motivkontrolle.....	54
ee) Fähigkeit zur Willensbildung i.e.S. (Entschlusskraft).....	54
b) Willensumsetzungsfähigkeit.....	54
4. Urteilsfähigkeit im Bereich der Delikts- bzw. Verschuldensfähigkeit	
a) Problemstellung.....	55
b) Fähigkeit zur Einsicht in die Schädigungsmöglichkeit.....	55
c) Fähigkeit zur Einsicht in das Unrecht der Schadenszufügung.....	56
d) Steuerungsfähigkeit.....	56
e) Beispiele zur Deliktsfähigkeit.....	57
5. Objektive Grundlagen der Urteilsunfähigkeit.....	57
a) Problemstellung.....	57
b) Kindesalter.....	58
aa) Hinsichtlich der Geschäftsfähigkeit.....	58
bb) Hinsichtlich der Verschuldens- bzw. Deliktsfähigkeit.....	59
c) Psychische Störung.....	59
d) Geistige Behinderung.....	60
e) Rausch und «ähnliche Zustände».....	61

6. Relativität der Urteilsfähigkeit .....	62
7. Beweislast und Beweismass .....	64
8. Sonderfragen .....	65
a) Urteilsfähigkeit und psychopathische Querulanz.....	65
b) Urteilsfähigkeit und Versicherungsrecht.....	66
aa) Privatversicherung .....	66
bb) Unfallversicherung .....	66
<b>IV. Abgrenzungen.....</b>	<b>67</b>
1. Handlungsfähigkeit und Rechtsfähigkeit .....	67
2. Parteifähigkeit .....	67
3. Prozessfähigkeit .....	68
4. Verfügungsfähigkeit und Prozessführungsbefugnis .....	68
5. Zusammenfassung.....	69
<b>§ 7 Verschiedene Stufen der Handlungsfähigkeit.....</b>	<b>70</b>
<b>I. Übersicht .....</b>	<b>70</b>
1. Abstufungen der Handlungsfähigkeit.....	70
2. Die Handlungs(un)fähigkeit einer bestimmten Person.....	71
<b>II. Unterschiedliche Arten von (Rechts-)Handlungen bzw. verschiedene Handlungstypen.....</b>	<b>73</b>
1. Übersicht.....	73
2. Rechtsgeschäftliche Willensäußerungen.....	73
3. Erwerb unentgeltlicher Vorteile (Verweis) .....	74
4. Geringfügige Angelegenheiten des täglichen Lebens (Verweis) .....	74
5. Rechtsgeschäftsähnliche Willensäußerungen.....	74
6. (Erlaubte) Tathandlungen, Realakte.....	75
7. Unerlaubte Handlungen (deliktisches Verhalten).....	75
8. Unterlassungen mit Rechtsfolgen.....	76
9. Höchstpersönliche Rechte .....	77
a) Höchstpersönliche Rechte im Allgemeinen .....	77
b) Relativ höchstpersönliche Rechte .....	77
c) Absolut höchstpersönliche Rechte .....	78
d) Zusammenfassung .....	80
<b>III. Rechtsstellung des vollständig Handlungsunfähigen (Art. 18 ZGB)...</b>	<b>80</b>
1. Kreis der handlungsunfähigen Personen .....	80
2. Rechtliche Wirkungen der Urteilsunfähigkeit.....	81
a) Allgemeines .....	81
b) Rechtliche Wirkungen der Urteilsunfähigkeit im Zusammenhang mit rechtsgeschäftlichem Handeln .....	81
aa) Regel: Nichtigkeit der Rechtsgeschäfte des Urteilsunfähigen.....	81
bb) Auswirkungen des Nichtigkeitsgrundsatzes.....	81
cc) Ausgleichsansprüche bei Vertragsnichtigkeit .....	82
dd) Ausnahmen von der Nichtigkeitsfolge .....	83
ee) Vorbehalte gegenüber dem Grundsatz der Vertragsnichtigkeit.....	84
c) Rechtsfolgen des Handelns des Urteilsunfähigen im Zusammenhang mit Realakten und ausservertraglicher Haftung..	84
3. Vertretung des vollständig Handlungsunfähigen .....	86

4. Gesetzliche Vertretung und Sorgerevollmacht .....	87
5. Fehlen eines Vertreters.....	87
6. Patientenverfügung .....	88
<b>IV. Rechtsstellung des beschränkt Handlungsunfähigen im Allgemeinen</b> .....	<b>89</b>
1. Überblick und Terminologie .....	89
2. Handlungen, die der beschränkt Handlungsunfähige selbstständig mit voller Rechtswirkung vornehmen kann .....	90
a) Rechtshandlungen, die generell nur Urteilsfähigkeit erfordern....	90
b) Erlangen unentgeltlicher Vorteile .....	91
aa) Allgemeines .....	91
bb) Begriff des «unentgeltlichen Vorteils».....	91
c) Besorgen geringfügiger Angelegenheiten des täglichen Lebens...	92
d) Ausübung höchstpersönlicher Rechte .....	93
aa) Allgemeines .....	93
bb) Begriff der Ausübung höchstpersönlicher Rechte.....	93
cc) Höchstpersönlichkeit als Fehlen der Vertretungsmacht bei Urteilsfähigkeit des Betroffenen?.....	95
e) Gesetzliche Sonderbestimmungen mit Ermächtigungscharakter ..	95
f) Vertretung Dritter und Organstellung .....	96
3. Rechtsgeschäftliches Handeln mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters (Art. 19 f. ZGB) .....	96
a) Allgemeines zur Zustimmung .....	97
b) Begriff und Rechtsnatur der Zustimmung.....	97
c) Form und Modalitäten der Zustimmung .....	98
aa) Ermächtigung .....	98
bb) Mitwirkung .....	98
cc) Genehmigung .....	98
<b>V. Einschränkungen der Handlungsfähigkeit zufolge Ehe .....</b>	<b>99</b>
<b>VI. Massnahmen des Erwachsenenschutzes .....</b>	<b>99</b>
1. Zur Revision des Vormundschaftsrechts .....	100
2. Übersicht .....	100
3. Erwachsenenschutz und Handlungsfähigkeit .....	101
a) Allgemeines .....	101
b) Verbleibender Handlungsspielraum der urteilsfähigen, verbeiständeten Person .....	102
4. Beistandschaften als «Massnahmen nach Mass» .....	102
5. Insbesondere die umfassende Beistandschaft.....	103
6. Information über erwachsenenschutzrechtliche Massnahmen und Schutz Dritter .....	104
<b>§ 8 Verwandtschaft und Schwägerschaft .....</b>	<b>105</b>
<b>I. Verwandtschaft .....</b>	<b>105</b>
1. Verwandtschaftsbegriff nach Art. 20 ZGB .....	105
2. Abgrenzungen .....	105
a) Verwandtschaft als Blutsverwandtschaft .....	105
b) Stiefverwandtschaft .....	106
c) Kantonale Bestimmungen .....	106
3. Gradnähe der Verwandtschaftsbeziehungen .....	106
a) Regelung des ZGB .....	106

	b) Hinweis auf die Parentelenordnung germanisch-rechtlichen Ursprungs.....	107
	4. Linienteilung der Verwandtschaft.....	107
<b>II.</b>	<b>Schwägerschaft.....</b>	<b>107</b>
	1. Begriff.....	107
	2. Voraussetzungen der Begründung eines Schwägerschaftsverhältnisses.....	107
	3. Dauer der Schwägerschaft.....	108
<b>III.</b>	<b>Bedeutung von Art. 20 und 21 ZGB.....</b>	<b>108</b>
<b>§ 9</b>	<b>Wohnsitz und Heimat.....</b>	<b>110</b>
<b>I.</b>	<b>Allgemeines zu Wohnsitz und Heimat.....</b>	<b>110</b>
<b>II.</b>	<b>Heimat (Art. 22 ZGB).....</b>	<b>111</b>
	1. Terminologisches.....	111
	2. Erwerb und Verlust des Bürgerrechts.....	112
	a) Privatrechtliche Normen.....	112
	b) Öffentlich-rechtliche Normen.....	113
<b>III.</b>	<b>Einleitende Bemerkungen zum Wohnsitz.....</b>	<b>113</b>
	1. Wohnsitzbegriff ausserhalb des ZGB.....	114
	2. Grundsätze des Wohnsitzrechts des ZGB.....	116
	a) Ausschliesslichkeit (Einheit) des Wohnsitzes.....	116
	b) Notwendigkeit eines Wohnsitzes.....	116
	3. Wohnsitzarten.....	116
<b>IV.</b>	<b>Selbstständiger Wohnsitz nach Art. 23 Abs. 1 ZGB.....</b>	<b>117</b>
	1. Begriff.....	117
	2. Aufenthalt als örtliche Anknüpfung bzw. objektives Tatbestandselement.....	117
	3. Absicht dauernden Verbleibens als persönliche Anknüpfung.....	118
	a) Nähere Charakterisierung der Voraussetzung.....	118
	b) Dauer des beabsichtigten Aufenthalts.....	119
	4. Wohnsitz bei ‚dezentralisierter‘ Lebensweise.....	120
	a) Konkurrenz Arbeitsort/Wohnort.....	121
	b) Sonderfälle.....	121
<b>V.</b>	<b>Aufenthalt zu Sonderzwecken in Anstalten und dgl.....</b>	<b>122</b>
	1. Bedeutung von Art. 23 Abs. 1 zweiter Halbsatz ZGB.....	122
	2. Mögliche Sonderzwecke.....	124
	3. Insbesondere der Aufenthalt zu Studienzwecken.....	125
<b>VI.</b>	<b>Geschäftsniederlassung.....</b>	<b>125</b>
	1. Bedeutung von Art. 23 Abs. 3 ZGB.....	125
	2. Begriff der Geschäftsniederlassung.....	125
<b>VII.</b>	<b>Wohnsitztatbestände von Art. 24 ZGB.....</b>	<b>126</b>
	1. Perpetuierung des bisherigen Wohnsitzes (Art. 24 Abs. 1 ZGB).....	126
	2. Aufenthaltsort als Wohnsitz (Art. 24 Abs. 2 ZGB).....	127
	a) Bedeutung von Art. 24 Abs. 2 ZGB.....	127
	aa) Fehlender Nachweis eines früheren Wohnsitzes.....	127
	bb) Aufgabe eines früheren ausländischen Wohnsitzes und fehlende Begründung eines primären Wohnsitzes in der Schweiz.....	128
	b) Begriff des Aufenthaltsortes.....	128

<b>VIII. Abgeleiteter Wohnsitz (Art. 25 ZGB) .....</b>	<b>129</b>
1. Wohnsitz der Ehegatten .....	129
2. Wohnsitz des Kindes unter elterlicher Sorge bzw. unter Vormundschaft.....	130
3. Wohnsitz des Volljährigen unter umfassender Beistandschaft.....	130
<b>IX. Auf den Wohnsitz verweisende Normen.....</b>	<b>131</b>
1. Vorbemerkungen.....	131
2. Beispiele für die Bezugnahme auf den Wohnsitz im Zivil- bzw. Zivilprozessrecht.....	132
a) Behördenzuständigkeit im ZGB.....	132
b) Weitere gesetzliche Anknüpfungen beim Wohnsitz im ZGB .....	132
c) Beispiele für Anknüpfungen an den Wohnsitz im OR.....	132
d) Beispiele für Anknüpfungen an den Wohnsitz in der ZPO .....	132
<b>§ 10 Allgemeines zum Persönlichkeitsschutz .....</b>	<b>133</b>
<b>I. Grundsätzliches und Begriffsbestimmung .....</b>	<b>134</b>
<b>II. Grundsätze des Persönlichkeitsschutzes.....</b>	<b>135</b>
1. Persönlichkeitsschutz als Garantie, nicht Rechtsgewährung .....	135
2. Rechtsquellen des Persönlichkeitsschutzes .....	135
3. Unterschiede zwischen Art. 27/28 ff. ZGB und der übrigen Schutzfunktion der Rechtsordnung .....	135
4. Gefahr einer Ausuferung des Persönlichkeitsschutzes .....	136
5. Bedeutung des Persönlichkeitsschutzes .....	136
<b>III. Charakterisierung der Persönlichkeitsrechte .....</b>	<b>137</b>
1. Allgemeines .....	137
2. Nichtvermögenswerte (ideelle) Güter als Schutzobjekte.....	137
3. Persönlichkeitsrechte als höchstpersönliche Rechte.....	138
4. Persönlichkeitsrechte als absolute Rechte .....	138
5. Negatorische Wirkung des Persönlichkeitsschutzes.....	139
6. Unverjährbarkeit .....	139
7. Unübertragbarkeit .....	140
8. Unvererblichkeit.....	141
9. Persönlichkeitsrechte als unverzichtbare Rechte.....	142
<b>IV. Subjekte des Persönlichkeitsschutzes .....</b>	<b>142</b>
<b>V. Zum Verhältnis zwischen privat- und öffentlich-rechtlichem Persönlichkeitsschutz .....</b>	<b>143</b>
1. Allgemeines .....	143
2. Zur Abgrenzung zwischen privat- und öffentlich-rechtlichem Persönlichkeitsschutz.....	144
3. Verfassungsrecht als Grundlage des Persönlichkeitsschutzes im öffentlich-rechtlichen Bereich.....	145
a) Schutzbereich der persönlichen Freiheit .....	145
b) Hinweis auf weitere, persönlichkeitsrelevante Grundrechte .....	147
c) Einschränkung der Grundrechte.....	148
4. Ausstrahlung verfassungsmässiger Rechte auf das Privatrecht und umgekehrt .....	148
5. Schutz der Persönlichkeit im Strafrecht .....	150
<b>VI. Abgrenzung von Art. 27 und 28 ff. ZGB .....</b>	<b>151</b>
1. Nach der Art der Beeinträchtigung .....	151

2. Nach der Schutzrichtung .....	151
<b>VII. Verhältnis des allgemeinen Persönlichkeitsschutzes von Art. 27/28 ff. ZGB zu Sondervorschriften .....</b>	<b>152</b>
1. Allgemeines .....	152
2. Sonderbestimmungen zu Art. 27 ZGB (Auswahl) .....	152
a) Im ZGB .....	152
b) Im OR (Auswahl) .....	152
c) In Spezialgesetzen.....	153
3. Sonderbestimmungen zu Art. 28 ff. ZGB (Auswahl).....	153
a) Im ZGB .....	153
b) Im OR .....	153
c) In Spezialgesetzen.....	154
<b>§ 11 Der Persönlichkeitsschutz nach Art. 27 ZGB .....</b>	<b>155</b>
<b>I. Inhalt und Schutzzweck von Art. 27 ZGB.....</b>	<b>155</b>
<b>II. Schutz der Dispositionsfähigkeit nach Art. 27 Abs. 1 ZGB .....</b>	<b>156</b>
<b>III. Schutz der – zukunftsgerichteten, lebensgestaltenden – Entscheidungsfreiheit nach Art. 27 Abs. 2 ZGB .....</b>	<b>157</b>
1. Allgemeines .....	157
2. Fallgruppen zu Art. 27 Abs. 2 ZGB .....	158
3. Unzulässigkeit zufolge des Gegenstands der Bindung.....	159
4. Unzulässigkeit zufolge des Ausmasses der Bindung.....	159
a) Allgemeines .....	159
b) Beurteilung des Bindungsmasses .....	160
c) Beispiele .....	160
5. Insbesondere zum Verhältnis zwischen Art. 27 ZGB und Art. 2 Abs. 2 ZGB (Rechtsmissbrauch).....	163
<b>IV. Rechtsfolgen einer i.S.v. Art. 27 Abs. 2 ZGB unzulässigen Bindung ..</b>	<b>164</b>
1. Nichtigkeit als (historischer) Ausgangspunkt.....	164
2. Differenzierung je nach Anwendungsbereich von Art. 27 Abs. 2 ZGB: Übersicht.....	165
3. Rechtsfolgen bei ihrem Gegenstand nach unzulässigen Bindungen (Kernbereich der Persönlichkeit) .....	165
4. Rechtsfolgen bei Übermass der Bindung .....	166
5. Schadenersatzpflichten.....	168
a) Haftung der geschützten Person.....	168
b) Haftung des Vertragspartners.....	168
<b>§ 12 Persönlichkeitsschutz gemäss Art. 28 ZGB.....</b>	<b>169</b>
<b>I. Grundlagen .....</b>	<b>171</b>
1. Inhalt und Zweck von Art. 28 ZGB .....	171
2. Kein ausdrückliches Verbot unerlaubter Eingriffe .....	171
3. Tatbestand von Art. 28 ZGB .....	171
a) Begriff der Persönlichkeit .....	171
b) Verletzung der Persönlichkeit.....	172
c) Widerrechtlichkeit der Verletzung.....	173
4. Anwendungsbereich.....	173
<b>II. Insbesondere zur Voraussetzung der Widerrechtlichkeit.....</b>	<b>173</b>
1. Konkrete Interessenabwägung mittels zweistufiger Vorgehensweise ..	173
2. Rechtfertigungsgründe im Einzelnen .....	174

a)	Einwilligung des Verletzten.....	175
aa)	Allgemeines .....	175
bb)	Einwilligung bei Urteilsunfähigkeit des Betroffenen (mutmassliche Einwilligung) .....	176
cc)	Widerruf der Einwilligung (Art. 27 ZGB).....	176
dd)	Wirkungslosigkeit der Einwilligung.....	177
b)	Wahrung höherer Interessen .....	177
c)	Insbesondere zum Informationsauftrag der Presse.....	179
d)	Notwehr, Notstand.....	181
e)	Rechtfertigung durch gesetzliche Spezialbestimmungen .....	182
<b>III.</b>	<b>Schutzzumfang von Art. 28 ZGB in sachlicher Hinsicht .....</b>	<b>183</b>
1.	Persönlichkeitsrecht als Generalklausel .....	183
2.	Übersicht über die wichtigsten Persönlichkeitsgüter im Zusammenhang mit Art. 28 ZGB.....	183
<b>IV.</b>	<b>Schutz der physischen und sexuellen Integrität.....</b>	<b>183</b>
1.	Grundsatz der Unantastbarkeit des Körpers .....	183
2.	Schranken dieses Grundsatzes .....	184
a)	Einwilligung des Verletzten.....	184
b)	Bedürfnisse des menschlichen Zusammenlebens.....	185
3.	Insbesondere das Verhältnis zwischen Arzt und Patient .....	185
a)	Allgemeines .....	187
b)	Erfordernis der Einwilligung des Patienten und die Aufklärung durch den Arzt .....	188
c)	Modalitäten der Einwilligung .....	189
d)	Zivilrechtliche Folgen bei fehlender Einwilligung und mangelhafter Aufklärung .....	189
e)	Hypothetische Einwilligung.....	190
f)	Gesetzliche Vertretung, Patientenverfügung und Vorsorgeauftrag .....	191
4.	Befugnis zur Verfügung über die eigene Leiche .....	192
<b>V.</b>	<b>Schutz der affektiven (emotionalen) Persönlichkeit; insbesondere der Schutz der Integrität des Gefühlslebens .....</b>	<b>192</b>
1.	Zufügung von physischem Schmerz .....	193
2.	Körperliche Entstellung .....	194
3.	Leidzufügung durch Tötung oder schwere physische Schädigung eines Angehörigen.....	194
4.	Verletzung des Andenkens an den Verstorbenen (Pietätsgefühl).....	195
5.	Schutz der ehelichen und/oder familiären Beziehungen.....	196
6.	Weitere Tatbestände im Bereiche des Gefühlslebens (Beispiele) .....	197
<b>VI.</b>	<b>Schutz der sozialen Persönlichkeit.....</b>	<b>198</b>
1.	Zivilrechtlicher Ehrenschatz .....	199
a)	Begriff der Ehre .....	199
aa)	Menschlich-sittliche Geltung einer Person (Primärbereich der Ehre).....	199
bb)	Gesellschaftliche Geltung einer Person (Sekundärbereich der Ehre).....	200
b)	Kredit.....	200
c)	Abgrenzung zum Strafrecht .....	200
d)	Relativität der Ehre .....	201

e)	Weniger verletzliche ‚politische Seite‘ der Persönlichkeit.....	202
f)	Satire, Karikatur, Humor.....	202
g)	Literarisches oder künstlerisches Werk .....	203
h)	Beispiele zur Ehrverletzung.....	204
i)	Formen ehrverletzender Äusserungen.....	205
aa)	Tatsachenbehauptung.....	206
bb)	Werturteil .....	207
j)	Insbesondere zur Ehrverletzung durch die Presse bzw. durch die Medien.....	208
2.	Schutz der informationellen Privatheit («Privat- und Geheimsphäre» und «informationelle Selbstbestimmung»).....	209
a)	Allgemeines .....	209
b)	«Drei-Sphären-Theorie» .....	210
aa)	Gemeinbereich (Öffentlichkeitssphäre).....	211
bb)	Geheimsphäre.....	211
cc)	Privatsphäre.....	212
dd)	Begrenzte Tragweite der Drei-Sphären-Theorie .....	212
c)	Recht auf informationelle Selbstbestimmung .....	213
aa)	Allgemeines .....	213
bb)	Vorbehalte.....	214
d)	Informationelle Privatheit .....	215
aa)	Allgemeines .....	215
bb)	Umfang des Schutzes der informationellen Integrität .....	215
e)	Fallgruppen.....	216
aa)	Unbefugtes Ausforschen des Privatlebens .....	216
bb)	Unbefugtes Weiterverbreiten personenbezogener Tatsachen .....	217
cc)	Speicherung von persönlichkeitsrelevanten Daten .....	218
f)	Schutz von Personen des öffentlichen Lebens .....	218
g)	Gerichtsberichterstattung .....	220
h)	Kunst, Kultur, Wissenschaft .....	221
<b>VII.</b>	<b>Recht am eigenen Bild.....</b>	<b>223</b>
1.	Allgemeines .....	223
2.	Insbesondere manipulierte Aufnahmen.....	226
<b>VIII.</b>	<b>Schutz der wirtschaftlichen Persönlichkeit .....</b>	<b>227</b>
1.	Allgemeines .....	227
2.	Boykotte und Kartelle .....	228
3.	Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit.....	229
<b>§ 13</b>	<b>Besondere Ausprägungen des Persönlichkeitsschutzes.....</b>	<b>230</b>
<b>I.</b>	<b>Geheimhaltungspflicht im Zusammenhang mit Berufs- und Amtsgeheimnissen .....</b>	<b>230</b>
1.	Besondere Voraussetzung für das Vorliegen eines strafrechtlich geschützten Berufs- bzw. Amtsgeheimnisses.....	230
2.	Auswirkungen der Geheimhaltungspflicht.....	231
3.	Insbesondere zum Arztgeheimnis .....	231
4.	Insbesondere zum Bank(kunden)geheimnis.....	233
5.	Insbesondere zum Berufsgeheimnis und zum Zeugnisverweigerungsrecht des Anwalts.....	234
6.	Weitere Geheimnistatbestände.....	236

<b>II. Datenschutz.....</b>	<b>237</b>
1. Interessenausgleich als Grundanliegen.....	238
2. Bundesdatenschutzgesetz von 1992.....	239
<b>III. Schutz der Persönlichkeitsrechte im Bereich des (berufsmässig ausgeübten) Sports.....</b>	<b>240</b>
1. Spielregel und Rechtsregel.....	241
2. Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit durch Schiedsklauseln.....	243
<b>IV. Fortpflanzungsmedizin und Kenntnis der Abstammung.....</b>	<b>245</b>
1. Allgemeines.....	245
2. Fortpflanzungsmedizin.....	246
3. Kenntnis der eigenen Abstammung.....	247
4. Kenntnis der Elternschaft und Verwandtschaft.....	249
<b>V. Persönlichkeitsschutz des Arbeitnehmers.....</b>	<b>249</b>
1. Das vertragliche Arbeitsverhältnis.....	250
a) Fürsorgepflicht des Arbeitgebers.....	250
b) Einschränkung des Persönlichkeitsschutzes.....	251
2. Öffentliches Arbeitsschutzrecht.....	251
3. Beispiele.....	252
<b>§ 14 Klagen des Persönlichkeitsschutzes.....</b>	<b>254</b>
<b>I. Grundlagen.....</b>	<b>255</b>
1. Übersicht.....	255
2. Aktiv- und Passivlegitimation.....	255
a) Aktivlegitimation.....	255
b) Verbandsklagerecht.....	256
c) Passivlegitimation.....	257
3. Schutzzumfang in zeitlicher Hinsicht.....	258
4. Übersicht über die Rechtsbehelfe nach Art. 28a ZGB.....	258
<b>II. Spezifische („besondere“) Klagen zum Schutz der Persönlichkeit.....</b>	<b>259</b>
1. Klage auf Unterlassung.....	259
a) Zweck und Inhalt der Klage.....	259
b) Provisorischer Rechtsschutz.....	260
c) Vollstreckung.....	260
2. Klage auf Beseitigung.....	261
a) Zweck und Inhalt der Klage.....	261
b) Vollstreckung.....	261
3. Klage auf Feststellung.....	262
a) Allgemeines.....	262
b) Feststellungsinteresse und Klagehäufung.....	262
c) Klagehäufung.....	263
d) Insbesondere zur Klagelegitimation nach abgeschlossener Störungshandlung.....	264
e) Vollstreckung.....	265
4. Mitteilung oder Publikation einer Berichtigung oder eines Urteils.....	266
a) Zweck.....	266
b) Bedeutung und Voraussetzungen.....	266
c) Vollstreckung.....	267
d) Verhältnis zwischen Berichtigung und Gegendarstellung.....	268

5.	Schutz gegen Gewalt, Drohungen und Nachstellungen nach Art. 28b–28c ZGB .....	268
a)	Zweck und Hintergrund von Art. 28b ZGB .....	268
b)	Konzept von Art. 28b ZGB .....	270
c)	Verhältnismässigkeitsprüfung .....	270
d)	Die Schutzmassnahmen im Einzelnen .....	271
aa)	Allgemeines .....	271
bb)	Annäherungsverbot (Art. 28b Abs. 1 Ziff. 1 ZGB) .....	272
cc)	Orts- bzw. Rayonverbot (Art. 28b Abs. 1 Ziff. 2 ZGB) .....	272
dd)	Kontaktverbot (Art. 28b Abs. 1 Ziff. 3 ZGB) .....	273
ee)	Elektronische Überwachung (Art. 28c ZGB) .....	274
ff)	Wohnungsausweisung (Art. 28b Abs. 2 und 3 ZGB) .....	274
e)	Verfahren .....	275
f)	Kriseninterventionsstelle und Mitteilung an andere Behörden .....	276
g)	Beispiel .....	277
<b>III.</b>	<b>„Allgemeine“ Klagen zum Schutz der Persönlichkeit (Art. 28a Abs. 3 ZGB) .....</b>	<b>277</b>
1.	Verhältnis zu den besonderen persönlichkeitsrechtlichen Klagen .....	277
2.	Klage auf Schadenersatz .....	278
a)	Zweck .....	278
b)	Voraussetzungen der Haftpflicht .....	278
aa)	Schaden .....	278
bb)	Widerrechtlichkeit .....	279
cc)	Kausalzusammenhang .....	279
dd)	Verschulden/Kausalhaftung .....	280
c)	Vollstreckung .....	281
3.	Klage auf Genugtuung .....	282
a)	Zweck .....	282
b)	Voraussetzungen einer Genugtuung .....	282
aa)	Schwere seelische Unbill .....	282
bb)	Widerrechtlichkeit .....	283
cc)	Kausalzusammenhang .....	283
dd)	Verschulden/Kausalhaftung .....	283
c)	Beispiele .....	284
4.	Klage auf Herausgabe eines Gewinns .....	285
a)	Zweck .....	285
b)	Voraussetzungen .....	286
<b>IV.</b>	<b>Überblick über die verschiedenen Klagen .....</b>	<b>287</b>
<b>V.</b>	<b>Formalien .....</b>	<b>287</b>
1.	Zuständigkeit .....	287
2.	Rechtsmittelordnung .....	288
<b>VI.</b>	<b>Vorsorgliche Massnahmen .....</b>	<b>288</b>
1.	Vorbemerkung .....	288
2.	Allgemeine Voraussetzungen .....	289
a)	Übersicht .....	289
b)	Zur Glaubhaftmachung insbesondere .....	290
3.	Inhalt der Massnahmen .....	290
4.	Besondere Voraussetzungen im Falle periodisch erscheinender Medien .....	291

5.	Allgemeines zum anwendbaren Verfahren.....	293
a)	Schweizerische Zivilprozessordnung.....	293
b)	Grundsatz: Gewährung des rechtlichen Gehörs .....	294
c)	Ausnahme: Superprovisorium.....	294
6.	Stadium des Superprovisoriums .....	294
a)	Vorbemerkung .....	294
b)	Rechtsbegehren .....	295
c)	Entscheid .....	295
d)	Schutzschrift (Art. 270 ZPO).....	296
e)	Rechtsmittel .....	296
7.	Stadium des Provisoriums .....	297
8.	Rechtsmittel .....	297
9.	Stadium des Definitivums .....	298
<b>§ 15</b>	<b>Das Gegendarstellungsrecht .....</b>	<b>300</b>
<b>I.</b>	<b>Zweck und Inhalt .....</b>	<b>300</b>
<b>II.</b>	<b>Voraussetzungen des Gegendarstellungsrechts .....</b>	<b>302</b>
1.	Überblick .....	302
2.	Verhältnis zu vorsorglichen Massnahmen.....	302
3.	Voraussetzungen im Einzelnen .....	303
a)	Unmittelbare Betroffenheit .....	303
aa)	Persönliche Betroffenheit.....	303
bb)	Unmittelbarkeit der Betroffenheit .....	304
cc)	Abgrenzung zu den Persönlichkeitsverletzungen .....	304
b)	Tatsachendarstellung .....	305
aa)	Art der Tatsachendarstellung .....	305
bb)	Form der Tatsachendarstellung .....	306
c)	Periodisch erscheinendes Medium.....	307
aa)	Antwort auf die Informationsgesellschaft .....	307
bb)	Medium.....	307
cc)	Periodizität.....	308
d)	Wiedergabe der öffentlichen Verhandlung einer Behörde .....	308
e)	Fehlen eines offenbaren Rechtsmissbrauches als negatives Tatbestandselement.....	309
<b>III.</b>	<b>Ausübung des Gegendarstellungsrechts .....</b>	<b>310</b>
1.	Recht, von der bestrittenen Darstellung Kenntnis zu nehmen.....	310
2.	Form der Gegendarstellung.....	310
3.	Inhalt der Gegendarstellung .....	311
4.	Gesuch um Veröffentlichung .....	311
5.	Entscheid des Medienunternehmens .....	312
6.	Veröffentlichung der Gegendarstellung .....	313
a)	Modalitäten der Veröffentlichung.....	313
b)	Beschränktes Recht auf Replik .....	314
c)	Kostenlosigkeit der Gegendarstellung .....	314
7.	Anrufung des Gerichts; Prozessuales .....	315
a)	Sachlagen, die zur «Anrufung» führen können.....	315
b)	Zuständigkeit .....	315
c)	Frist und Verfahren .....	315
d)	Entscheid des Gerichts.....	316

8. Unterschiede zwischen dem Gendarstellungsrecht und den Klagen des Persönlichkeitsschutzes (Übersicht) .....	316
<b>§ 16 Der Name .....</b>	<b>318</b>
<b>I. Vorbemerkung: Kennzeichnungsrechte im Allgemeinen .....</b>	<b>318</b>
<b>II. Der Name als Teilaspekt der Persönlichkeit .....</b>	<b>319</b>
1. Bedeutung und Funktion des Namens .....	319
2. Gesetzliche Grundlagen .....	320
a) Natürliche Personen .....	320
b) Vereine und Stiftungen .....	320
c) Juristische Personen des OR .....	321
<b>III. Der Familienname .....</b>	<b>321</b>
1. Erwerb des Familiennamens .....	321
a) Kind verheirateter Eltern .....	321
b) Kind nicht verheirateter Eltern .....	322
c) Findelkind .....	323
d) Adoption .....	323
2. Der Familienname der Ehegatten .....	323
a) Frühere Rechtslage: Namenseinheit in der Familie .....	323
b) Geltende Rechtslage .....	324
3. Adelstitel .....	325
4. Pseudonyme .....	326
<b>IV. Der Vorname .....</b>	<b>327</b>
1. Namenswahl durch die Eltern .....	327
2. Kindeswohl als Grenze .....	327
<b>V. Schutz des Namens .....</b>	<b>328</b>
1. Namensfeststellung .....	328
2. Namensanmassung .....	328
3. Insbesondere der Domainname .....	329
<b>VI. Verhältnis zwischen Art. 28 und 29 ZGB .....</b>	<b>330</b>
<b>VII. Namensänderung (Art. 30 ZGB) .....</b>	<b>330</b>
1. Namensänderung nach Art. 30 Abs. 1 ZGB .....	330
a) Rechtslage und Praxis vor der Revision .....	330
b) Geltende Rechtslage .....	331
c) Beispiele .....	332
2. Anfechtung der Namensänderung .....	334
<b>Die juristischen Personen .....</b>	<b>335</b>
<b>§ 17 Die juristischen Personen im Allgemeinen .....</b>	<b>335</b>
<b>I. Historische Entwicklung .....</b>	<b>336</b>
1. Römisches Recht und Mittelalter .....	336
2. Jüngere Betrachtungsweisen der juristischen Person .....	336
a) (Romanistische) Fiktionstheorie .....	336
b) (Germanistische) Realitätstheorie .....	337
c) Auswirkungen auf die geltende Rechtsordnung .....	337
<b>II. Juristische Personen des ZGB .....</b>	<b>338</b>
1. Begriff und Zweck der juristischen Person .....	338
2. Wesenszüge der juristischen Person .....	338
3. Abgrenzung gegenüber Rechtsgemeinschaften .....	339

4.	Gesetzliche Ordnung der juristischen Personen .....	341
a)	Allgemeiner Teil: Art. 52–59 ZGB .....	341
b)	Besondere Bestimmungen .....	341
5.	Typenzwang oder ‚numerus clausus‘ .....	342
6.	Grundsatz der Einheit des Rechts der juristischen Personen .....	343
7.	Körperschaften und Anstalten .....	344
a)	Körperschaften .....	344
b)	Anstalten .....	344
<b>III.</b>	<b>Juristische Personen ausserhalb des Bundesprivatrechts .....</b>	<b>345</b>
1.	Öffentlich-rechtliche juristische Personen .....	345
a)	Unechter Vorbehalt von Art. 59 Abs. 1 ZGB .....	345
b)	Abgrenzungskriterien .....	345
c)	Arten öffentlich-rechtlicher Verwaltungsträger .....	346
2.	Juristische Personen des kantonalen Privatrechts .....	347
3.	Kirchliche Körperschaften und Anstalten .....	348
<b>IV.</b>	<b>Übersicht .....</b>	<b>349</b>
<b>V.</b>	<b>Anfang und Ende der juristischen Personen .....</b>	<b>350</b>
1.	Erwerb der Rechtsfähigkeit .....	350
a)	Grundsatz: Erwerb durch Handelsregistereintrag .....	350
b)	Ausnahmen .....	350
2.	Rechtsslage bis zum Entstehen der juristischen Person .....	351
3.	Ende der juristischen Person .....	352
a)	Auflösungsgründe .....	352
b)	Liquidation .....	352
c)	Vermögensverwendung und Untergang der juristischen Person .....	353
<b>VI.</b>	<b>Rechtsfähigkeit der juristischen Personen .....</b>	<b>353</b>
1.	Allgemeines .....	353
2.	Einzelne Rechtsfähigkeitsbereiche .....	354
a)	Vermögensrechte .....	354
b)	Möglichkeit, ein Gewerbe zu betreiben oder Mitglied in einer Vereinigung zu sein .....	354
c)	Persönlichkeitsschutz .....	354
d)	Weitere Bereiche der Rechtsfähigkeit .....	356
<b>VII.</b>	<b>Handlungsfähigkeit der juristischen Personen .....</b>	<b>356</b>
1.	Allgemeines .....	356
2.	Voraussetzung der Handlungsfähigkeit .....	357
3.	Organe der juristischen Person .....	357
a)	Doppelbedeutung des Begriffs «Organ» .....	357
b)	Formelle und faktische Organe .....	358
c)	Die verschiedenen Organe und ihre Funktion .....	360
d)	Mitgliederversammlung .....	360
e)	Verwaltung/Vorstand der Körperschaft bzw. Stiftungsrat des Zweckvermögens .....	361
f)	Kontroll- oder Revisionsstelle .....	361
g)	Weitere Organe .....	361
4.	Geschäftsfähigkeit .....	362
a)	Allgemeines .....	362
b)	Vertretungsmacht des Organs .....	362
c)	Vertretungsbefugnis des Organs .....	364

d) «Wissensvertretung».....	365
5. Deliktsfähigkeit.....	366
a) Grundsatz.....	366
b) Voraussetzungen und Grenzen der Haftung.....	366
c) Begriff des Organs nach Art. 55 Abs. 2 ZGB .....	366
d) Ausübung geschäftlicher Verrichtungen.....	367
e) Mithaftung der delinquierenden Organe .....	367
6. Strafrechtliche Verantwortlichkeit .....	368
<b>VIII. «Durchgriff» .....</b>	<b>369</b>
1. Missbräuchliche Verwendung der juristischen Person.....	369
2. «Umgekehrter Durchgriff».....	370
3. Insbesondere zum Haftungsdurchgriff .....	370
4. Beispiele.....	371
<b>IX. Sitz der juristischen Person (Art. 56 ZGB) .....</b>	<b>372</b>
1. Begriff.....	372
2. Bestimmung des Sitzes .....	373
3. Rechtliche Bedeutung des Sitzes.....	373
<b>§ 18 Der Verein.....</b>	<b>374</b>
<b>I. Begriff und Bedeutung des Vereins .....</b>	<b>375</b>
1. Begriff und gesetzliche Regelung .....	375
2. Bedeutung .....	375
<b>II. Vereinszweck .....</b>	<b>376</b>
1. Gesetzliche Regelung.....	376
2. Praxis des Bundesgerichts.....	376
a) Ältere Rechtsprechung.....	376
b) Aktuelle Rechtsprechung .....	377
3. Zusammenfassung .....	378
<b>III. Gründung des Vereins .....</b>	<b>378</b>
1. Gründungsakt.....	378
2. Mitglieder.....	379
3. Handelsregistereintrag.....	379
4. Vereine ohne Rechtspersönlichkeit .....	380
5. Statuten (Satzung) .....	380
<b>IV. Vereinsorganisation .....</b>	<b>381</b>
1. Übersicht.....	381
2. Vereinsversammlung .....	381
3. Delegiertenversammlung .....	382
4. Vorstand.....	383
5. Revisionsstelle .....	384
6. Mängel in der Organisation.....	384
<b>V. Vereinsmitgliedschaft.....</b>	<b>385</b>
1. Begriff der Mitgliedschaft.....	385
2. Erwerb der Mitgliedschaft.....	385
3. Beendigung der Mitgliedschaft .....	386
a) Austritt.....	386
b) Ausschluss .....	386
4. Pflichten der Mitglieder .....	388
a) Persönliche Pflichten .....	388

b) Vermögensrechtliche Pflichten .....	388
5. Rechte der Mitglieder .....	389
a) Mitwirkungsrechte .....	389
b) Weitere Rechte .....	390
c) Schutzrechte .....	390
6. Schutz des Vereinszwecks .....	391
7. Schutz vor unzulässigen Vereinsbeschlüssen .....	392
a) Allgemeines .....	392
b) Insbesondere zur Beschränkung von Mitgliedschaftsrechten .....	393
c) Insbesondere zum Schutz vor ungerechtfertigtem Ausschluss .....	394
d) Anfechtbarkeit von Beschlüssen unterer Organe und Schiedsgerichtsbarkeit .....	394
e) Verwirkungsfrist .....	395
<b>VI. Vereine und Verbände mit Sektionen .....</b>	<b>396</b>
1. Allgemeines .....	396
2. Sektionen mit Rechtspersönlichkeit .....	396
a) Sektion als Mitglied des Zentral- oder Dachverbandes .....	396
b) Einzelperson als Mitglied der Sektion und des Zentralverbandes .....	397
<b>VII. Auflösung des Vereins .....</b>	<b>398</b>
1. Auflösungsarten .....	398
2. Liquidation und Vermögensverteilung .....	399
3. Liquidationslose Auflösung .....	399
<b>§ 19 Die Stiftung .....</b>	<b>400</b>
<b>I. Begriff, Bedeutung und Arten von Stiftungen .....</b>	<b>401</b>
1. Begriff der Stiftung .....	401
2. Bedeutung des Stiftungsrechts .....	402
a) Grundsatz der Stiftungsfreiheit .....	402
b) Entwicklung der Stiftung .....	403
c) Neuere Tendenzen .....	403
<b>II. Gesetzliche Grundlagen .....</b>	<b>404</b>
<b>III. Errichtung der Stiftung .....</b>	<b>405</b>
1. Widmungsakt .....	405
a) Allgemeines .....	405
b) Form des Widmungsaktes .....	405
c) Inhalt des Widmungsaktes .....	406
d) Auslegung .....	406
2. Insbesondere zur Zweckbestimmung .....	407
3. Insbesondere zum gewidmeten Vermögen .....	408
4. Eintragung ins Handelsregister .....	409
5. Anfechtung der Stiftungserrichtung .....	409
<b>IV. Organisation der Stiftung .....</b>	<b>410</b>
1. Grundlagen .....	410
2. Oberstes Stiftungsorgan (Stiftungsrat) .....	411
3. Revisionsstelle .....	412
4. Weitere Organe .....	412
<b>V. Beaufsichtigung der Stiftung .....</b>	<b>413</b>
1. Zweck .....	413
2. Inhalt .....	413

3. Zuständigkeit.....	414
4. Aufsichtsmittel.....	415
<b>VI. Umwandlung der Stiftung .....</b>	<b>416</b>
1. Problemstellung.....	416
2. Änderung der Organisation.....	417
3. Änderung des Zwecks.....	417
a) Im Allgemeinen.....	417
b) Auf Antrag des Stifters.....	418
4. Zuständigkeit und Verfahren.....	419
<b>VII. Aufhebung der Stiftung .....</b>	<b>420</b>
1. Aufhebungsgründe.....	420
2. Fusion von Stiftungen.....	422
3. Liquidation und Verwendung des Stiftungsvermögens.....	422
<b>VIII. Familienstiftung.....</b>	<b>423</b>
1. Begriff.....	423
a) Positive Voraussetzungen.....	423
b) Negative Voraussetzungen.....	423
aa) Verbot der Unterhaltsstiftungen.....	424
bb) Verbot der Familienfideikommisse.....	425
2. Möglichkeit der Konversion einer nichtigen Stiftung.....	425
3. Gesetzliche Besonderheiten der Familienstiftung.....	426
<b>IX. Kirchliche Stiftung .....</b>	<b>427</b>
1. Begriff.....	427
2. Gesetzliche Besonderheiten der kirchlichen Stiftungen.....	427
<b>X. Personalfürsorgestiftung.....</b>	<b>428</b>
1. Entwicklung.....	428
a) Bedarf nach Personalvorsorge zufolge der Industrialisierung.....	428
b) Drei-Säulen-Prinzip.....	429
c) Zusammenhang zwischen der Berufsvorsorge und dem Stiftungsrecht.....	429
2. Begriff der Personalfürsorgestiftung.....	430
3. Gesetzliche Besonderheiten der Personalfürsorgestiftung.....	431
a) Allgemeines.....	431
b) Auskunftsrecht.....	431
c) Mitwirkung an der Verwaltung.....	431
d) Vermögensverwaltung.....	432
e) Klagerecht der Destinatäre.....	432
<b>XI. Sammelvermögen .....</b>	<b>432</b>
1. Begriff und Funktion.....	432
2. Fehlende Verwaltung und Zuständigkeit.....	433
<b>XII. Unternehmensstiftung.....</b>	<b>434</b>
1. Begriff.....	434
2. Erscheinungsarten bzw. Zweck.....	434
3. Besonderheiten und Zulässigkeit der Unternehmensstiftung.....	434
4. Motive.....	436
5. Praktische Bedeutung.....	437
<b>XIII. Exkurs: Trust .....</b>	<b>438</b>
1. Vorbemerkung.....	439
2. Begriff und Funktion.....	439

---

a) Begriff.....	439
b) Funktion.....	439
3. Vergleich mit der schweizerischen Stiftung.....	440
4. Anerkennung von Trusts in der Schweiz.....	440
a) Ausgangslage.....	440
b) Annerkennung gemäss Haager Trust-Übereinkommen .....	441
c) Umfang der Anerkennung.....	441
5. Würdigung .....	442
a) Vereinfachungen.....	442
b) Bedenken .....	442
aa) Allgemeines .....	442
bb) Umgehung formaler Vorschriften .....	443
cc) Umgehung des Verbots der Familienunterhaltsstiftung und des Familienfideikommisses .....	444
c) Vorläufiges Fazit .....	444
<b>§ 20 Sachregister .....</b>	<b>447</b>

